

# smit los?

## minister will mehr en Kosovo schicken

maximale Kontingent von 220 temporär um 80 Mann aufstocken. Diese Reserve will das VBS «bei ausserordentlichen Ereignissen wie beispielsweise einem Standortwechsel einsetzen», präzisiert Sprecher Martin Bühler.

Frühere Weggefährten wie SVP-Nationalrat Hans Fehr sind fassungslos. **Fehr ist überzeugt: «Das war nicht Maurers Idee.» Das hätten ihm die anderen Bundesräte aufgezwungen.** Ausserministerin Micheline Calmy-Rey wolle ja schon lange eine Militarisierung der Aussenpolitik, behauptet der Zürcher.

Die Swisscoy-Truppe sei ein «Prestige-Projekt des Bundesrates», betont auch SVP-Sicherheitspolitiker Ulrich Schlier. **Der Einsatz im Kosovo sei jedoch ohne Nutzen für das Land und für die Armee.** Er bewundere Bundesrat Ueli Maurer für seine loyale Geduld. Aber die SVP irrt. **BLICK weiss: Maurer hat die temporäre Aufstockung im Bundesrat selber verlangt.**

Laut VBS-Sprecher Bühler hat das aber nichts mit dem im Ar-

meebericht festgelegten Ausbau des Swisscoy-Kontingents zu tun. **Der Bundesrat will bis 2015 die Zahl der Armeeingehörigern auf 500 erhöhen.** Beim Entscheid von gestern gehe es um eine temporäre Aufstockung der Reserve, sollte es zu einer Lageverschärfung kommen.

Nationalrat Jo Lang (Grüne) hält es trotzdem für fragwürdig, den Swisscoy-Einsatz auszubauen, weil das Parlament noch nicht über Sicherheitsbericht und Armebericht beraten habe. **Lang ist ein Gegner der Auslandseinsätze. Seiner Meinung nach braucht es im Kosovo künftig Polizisten, nicht Soldaten.**

Wie viel die temporäre Aufstockung kosten wird, erklärt der VBS-Sprecher mit einem Rechenbeispiel: «Ein Detachement von 60 Personen für eine Einsatzdauer von 2 bis 4 Monaten kostet etwa 6,5 Millionen.»

**Bitter für die SVP:** Ihr Bundesrat hat kein Geld für neue Kampfflugzeuge und Ausrüstung, aber genügend Mittel für Auslandseinsätze.

## rger Leuthard reist an Uno-Klimagipfel

ministerin Doris Leuthard reist in die mexikanische Küstenstadt, um die Schweizer Position zu vertreten. **Sie hat das Angebot ihres Vorgängers Moritz Leuenberger ausgeschlagen, die Delegation in Mexiko anzuführen.** Leuthard wird an der Konferenz auch erklä-

ren, die Schweiz sei bereit, ihren Treibhausgasausstoss bis 2020 im Vergleich zu 1990 um mindestens 20 Prozent zu senken. Trostpflaster für Leuenberger: Er sitzt künftig in der Swiss-Luftfahrtstiftung. Sie setzt sich in der Lufthansa-Gruppe für die Anliegen der Schweiz ein.

## -Leute schon unterwegs gst in Deutschland



in Deutschland ankommen. Die Polizeipräsenz auf Flughäfen und Bahnhöfen wurde sichtbar erhöht.

Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière sagte gestern: «Es gibt Hinweise eines ausländischen Partners, nach denen Ende November mit masslichen Anschlagsvorhaben umgesetzt werden.» Zu befürchten ist laut «Tagesspiegel», dass die Terroristen Weihnachtsmärkte oder ähnliche Ziele angreifen, bei denen sich viele Menschen aufhalten.

Auch Terror-Experte Rolf Tophoven warnt auf «Bild.de»: «Die

**Hinweise der Nachrichtendienste haben sich verdichtet: Ein Anschlag in Deutschland kann erstmals nicht mehr ausgeschlossen werden!»**

Als konkrete Anschlagziele nennt Tophoven neuralgische Punkte der öffentlichen Infrastruktur: «Al Kaida setzt immer auf maximalen Schaden der zivilen Bevölkerung und mediale Wirkung. Also sind besonders Flughäfen, Bahnhöfe und Massenansammlungen wie Weihnachtsmärkte und Sportveranstaltungen gefährdet.»

Tophoven schätzt die Terrorgefahr im Moment besonders hoch ein: **«Auf einer Skala von 1 (keine Gefahr) bis 10 (akute Anschlaggefahr) liegen wir inzwischen bei der Stufe 8.»**

Als Drahtzieher der geplanten Anschläge wird der aus Pakistan stammende Mohammed Ilyas Kashmiri genannt, eine der führenden Figuren von Al Kaida.

## POLITIK & WIRTSCHAFT

### Bundesrat will kein totales Rauchverbot

**Bern** – Der Bundesrat empfiehlt die Volksinitiative der Lungenliga zum Schutz vor Passivrauchen zur Ablehnung. Mit dem entsprechenden Bundesgesetz existiere bereits eine ausreichende Minimalregelung. Die Initiative will ein umfassendes Rauchverbot erreichen. Es verbietet Ausnahmen für kleine Lokale und abgetrennte Raucherräume (Fumoirs) mit Bedienung.

### Im Fall Rappaz kann Bund nicht handeln

**Bern** – Der Bundesrat sieht keine rechtliche Basis dafür, im Fall des hungerstreikenden Walliser Hanfbauern Bernard Rappaz (57) aktiv zu werden. Das hält die Regierung in einem Schreiben an den Anwalt von Rappaz fest. Die Zuständigkeiten seien klar geregelt. Sie lägen beim Kanton und bei den Gerichten.

### Italien rüffelt separate Verträge mit Schweiz

**Brüssel** – Der italienische Finanzminister Giulio Tremonti kritisiert die EU-Staaten, «die versuchen, mit der Schweiz bilaterale Steuerabkommen abzuschliessen». Tremonti äusserte seinen Ärger über Deutschland und Grossbritannien in Brüssel. Mit ihrem Weg werde das gemeinsame Vorgehen der EU «zunichtegemacht».

### Zeugen sollen besser geschützt werden

**Bern** – Der Bundesrat plant die Einrichtung einer zentralen Zeugenschutzstelle. Er hat die entsprechenden Grundlagen verabschiedet. Gefährdete Zeugen sollen nötigenfalls auch ausserhalb des Strafverfahrens geschützt werden. Die Zeugenschutzstelle wird für die einheitliche Durchführung von Zeugenschutzprogrammen zuständig sein.

### Auch CVP-Nationalrätin ist ein Hacker-Opfer

**Zürich** – Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH) ist eine Opfer der Hacker-Angriffe auf Swisscom. Sie kann ihre Webseite www.schmid-federer.ch weder aktualisieren noch bearbeiten, weil Swisscom den Zugang so lange sperrt, bis die Störung behoben ist. Erst gestern räumte Swisscom selbst ein, dass aufgrund der Hacker-Angriffe das Aktualisieren von Kunden-Webseiten unterbunden wurde und bestätigte damit entsprechende Medienberichte.

### Sulzer: Österreicher haben Regeln verletzt

**Bern** – Die österreichischen Investoren Georg Stumpf und Ronny Pecik haben beim Aufbau ihrer Beteiligungen am Industriekonzern Sulzer in den Jahren 2006 und 2007 Meldepflichten verletzt. Das Bundesverwaltungsgericht ist zu diesem Urteil gekommen und stützt damit das Urteil der Finanzmarktaufsicht. Keine Verletzung der Meldepflicht trifft den dritten Investor, Viktor Vekselberg.

### Zahl des Tages

5 Prozent

So stark wird der Gesundheitsmarkt laut Novartis-Konzernchef Joe Jimenez bis 2015 jährlich wachsen. Einer der Gründe: die Zunahme der Personen über 65 Jahre.



Strassenszene gestern in der irischen Hauptstadt Dublin: Hilft heute die EU ihrem angeschlagenen Mitglied?

# Reisst uns Irland ins Elend?

## BLICK beantwortet die wichtigsten Fragen zur neuen Euro-Krise

### Wo liegt das Problem in Irland?

Der Grünen Insel steht das Wasser bis zum Hals. Das Staatsdefizit beträgt dieses Jahr fast ein Drittel der Wirtschaftsleistung. Oder: Zehnmal so viel wie die EU erlaubt.

### Wie wurde aus dem «keltischen Tiger» ein armes Schaf?

Während der Boomjahre haben irische Banken auf Teufel komm raus Immobilienkredite vergeben. Die Anglo Irish Bank bediente sich krimineller Methoden, um die wahren Risiken zu verschleiern. Nun fehlen den irischen Banken 50 Milliarden Euro. Die irische Regierung hat das Versprechen abgegeben, die Banken 100 Prozent zu decken, stösst aber an die Grenzen. Und: Das Loch könnte noch grösser werden.

### Weshalb zieren sich die Iren so, die EU um Hilfe zu bitten?

Am 6. Dezember begehrt Irland den 88. Jahrestag seiner Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft. Der Bittgang nach Brüssel ist eine Demütigung für das Land. Doch die Realität lässt keine Alternativen zu: Sogar die Schuhmacher in Dublin pochen inzwischen auf Vorkasse.

**Welches Euro-Land muss als nächstes um Hilfe betteln?**

Neben Irland gilt Portugal als Kandidat für eine Euro-Injektion. Der portugiesische Finanzminister Fernando Teixeira dos Santos hat Anfang Woche in einem Interview mit der «Financial Times» gesagt, dass Portugal Hilfe benötigen könnte. Später hat er das zu relativieren versucht. Auf dem Radar der Hilfsbedürftigen bleiben auch Spanien und Italien. Alle zusammen nennt man die «PIIGS-Staaten».

### Welche Auswirkung hat die Iren-Krise auf die Schweiz?

Schweizer Banken hatten per Juni rund 13 Milliarden Euro in Irland angelegt. Um dieses Geld bangen sie nun. Die grössten Ausstände haben aber britische, deutsche und amerikanische Banken. Als Griechenland vor dem Bankrott stand, begann die Talfahrt des Euro gegenüber dem Franken. «Solche Tiefstände werden nicht mehr erreicht. Es sei denn,

dass sich für Irland keine Lösung abzeichnet», sagt ZKB-Experte Jörn Spillmann. Aber davon sei nicht auszugehen.

### Kann die EU-Hilfe das Irland-Problem lösen?

Nur vorübergehend. Die grundsätzlichen Probleme bleiben bestehen. Die Schulden überfordern das Land. Kommt dazu, dass die Banken die Immobilienpreise weiterhin mit billigen Hypotheken stützen. Dem Land steht ein weiterer massiver Einbruch der Immobilienpreise bevor.

### Wie geht es jetzt weiter?

Heute werden Experten der Europäischen Zentralbank, der EU sowie des Internationalen Währungsfonds untersuchen, wie viel Geld es braucht, um die maroden irischen Banken zu stützen. Danach wird geprüft, wie es bereitgestellt werden soll. Neben dem milliardenstarken Auffangnetz der Euro-Länder steht Grossbritannien mit bilateraler Hilfe in den Startlöchern.

Matthias Pfander, Guido Schätti, Werner Vontobel

Anzeige

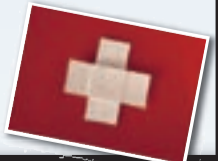
Zur nationalen Volksabstimmung vom 28. November 2010



Ein JA zur SP-Steuerinitiative bedeutet:

- Steuererhöhung für ALLE!
- Vorbereitung zum EU-Beitritt, denn einheitliche Steuerbelastung ist EU-konform!
- Wegzug von ausländischen Steuerzahlern (Privatpersonen und Firmen)!
- einen verschwenderischen Staat!

Wollen Sie eine unabhängige, selbstbewusste und freie Schweiz?



➔ **NEIN** zur SP-Steuerinitiative!

Unabhängiges Komitee gegen einen EU-Beitritt der Schweiz  
Leitung: Josef Dettling, Rigistrasse 2, 6440 Brunnen